

Rechtsgebiet: 21. Reuß älterer Linie.

Gesetzliche Grundlage:

Gemeindeordnung vom 23. Januar 1871 mit verschiedenen Nachträgen bis 1897.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird erworben durch ausdrückliche Aufnahme in den Bürgerverband.

Die Voraussetzungen für die Fähigkeit zum Erwerbe des Bürgerrechts sind dieselben wie in Reuß jüngerer Linie. Jedoch ist reußische Staatsangehörigkeit nicht erforderlich. Die Höhe des Bürgergeldes wird durch Ortsstatut festgesetzt. Die aufgenommenen Bürger werden in ein Bürgerbuch eingetragen und erhalten einen Bürgerschein.

Die gesetzlichen Bedingungen für die Aufnahme können durch Beschluß des Gemeinderats erlassen werden.

Das Bürgerrecht kann in mehreren Gemeinden gleichzeitig erworben werden.

In Greiz sind zum Erwerbe verpflichtet

1. Hausbesitzer, die von mindestens 1200 Mk. Einkommen Steuern entrichten,
2. Personen, die seit länger als 3 Jahren in Greiz wohnen und aus Renten, Zinsen u. s. w. ein Jahreseinkommen von mindestens 1200 Mk. haben.

II. Voraussetzungen des aktiven Wahlrechts.

Wahlberechtigt sind

1. alle männlichen Bürger,
2. juristische Personen in den Gemeinden, wo sie Grundstücke besitzen oder Gewerbe betreiben.

Das Wahlrecht ruht bei abwesenden Bürgern, wenn sie nicht zur Ausübung des Stimmrechtes eine stimmfähige Person gehörig bevollmächtigt und dem Gemeindevorstande als ständigen Stellvertreter angezeigt haben; ferner bei Personen, die ihre über 2 Jahre rückständigen Gemeindeabgaben nicht berichtigt haben.

III. Voraussetzungen des passiven Wahlrechts.

Wählbar sind alle männlichen Bürger, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und deren Stimmrecht nicht erloschen ist oder ruht. Nicht wählbar sind Gemeindebeamte und Mitglieder der Aufsichtsbehörden.

IV. Besteht eine Klasseneinteilung der Wähler?

In den Gemeinden bis zu 2500 Einwohnern besteht dieselbe Einrichtung wie in Sachsen-Meiningen (vergl. Seite 51 unter IV) mit etwas anderen Abstufungen (jede 15 Mk. Steuern mehr geben eine weitere Stimme. Ein Einzelner darf nicht mehr als ein Fünftel der Gesamtstimmenzahl haben). Für die übrigen Gemeinden besteht eine Klasseneinteilung der Wähler gesetzlich nicht, kann aber durch Statut eingeführt werden.

V. Besteht eine Klasseneinteilung der zu Wählenden?

Nein.